

Staat bedrängt Privatwirtschaft

Vorstoss zur Privatisierung der Swisscom adressiert nur einen von vielen Sündenfällen

Wenn der Staat in der Schweiz unternehmerisch tätig ist, hat er oft längere Spiesse als private Firmen.

Markus Städeli

Planen unsere Volksvertreter ihre parlamentarischen Vorstösse jeweils sorgsam, von langer Hand? Nicht immer. Eine Motion von FDP-Ständerat Ruedi Noser und SVP-Nationalrätin Natalie Rickli ist eher spontan entstanden - die Forderung, dass der Bund seine Aktienmehrheit an der Swisscom abgeben soll. Es ging so:

Die beiden Politiker sind Gast bei «Persönlich»-Chefredaktor Matthias Ackeret für ein Streitgespräch zur Werbeallianz von Swisscom, SRG und Ringier. Noser sagt: «(...) Die Politik darf diese Entwicklung nicht verbauen.» Da wirft Rickli ein: «Zuerst muss die Swisscom privatisiert werden.» Noser erwidert: «Da bin ich jederzeit dabei. Man braucht nur einen Prozentteil der Aktien zu verkaufen. Mein Vorschlag: Wir machen in dieser Legislatur einen gemeinsamen Vorschlag zu diesem Thema.» Rickli: «Einverstanden.»

Ackeret vermeldet dies am 16. März kurz auf der Website von «Persönlich». Am 17. März nimmt die NZZ das Thema auf. Nun gibt es kein Zurück mehr. Rickli reicht gleichentags den Vorstoss ein, Noser einen Tag später. So wird zehn Jahre nach einem gescheiterten Versuch, die Swisscom zu privatisieren, das Thema erneut lanciert.

Im vergangenen Dezember hatte schon die OECD (die Denkfabrik der reichen Länder) empfohlen, die Ex-Monopolistin zu privatisieren. Die Schweiz schneidet in OECD-Ranglisten betreffend Netzwerk-Infrastrukturen jeweils schlecht ab. Insbesondere was den staatlichen Einfluss auf die Wirtschaft angeht, liegt man unter dem Durchschnitt.

Es handelt sich in der Regel um leicht erkennbare Sündenfälle: «Die Swisscom macht ihre Arbeit grundsätzlich gut und verhält sich agil», bescheinigt Thomas Pletscher, Leiter Wettbewerb und Regulatorisches beim Wirtschaftsverband Economiesuisse. «Das Problem liegt nicht bei ihr, sondern bei ihrem Eigentümer. Der Bund darf nicht unternehmerisch in einer Branche tätig sein, die er auch überwacht und für die er die Regeln aufstellt.»

Die umstrittene Werbeallianz, bei der zwei staatsnahe Unternehmen zusammen mit einem privaten Verlagshaus Kundendaten poolen, hat den Betroffenen diese Schweizer Eigenart wieder in Erinnerung gerufen. Viele Missstände werden aber als selbstverständlich hingenommen. Etwa, dass die Immobilien in SBB-Besitz als einzige von liberalen Ladenöffnungszeiten profitieren - was natürlich ihren Marktwert erhöht.

Im September hat der Bundesrat das Briefmonopol der Post für Sendungen bis 50 Gramm verlängert, obwohl der europäische Postmarkt seit 2013 geöffnet ist. Auch in dem von staatlichen Firmen dominierten Strommarkt können die meisten Endkunden ihren Anbieter noch immer nicht aussuchen und zahlen deshalb überhöhte Preise.

«In der Schweiz schaut man dem Wettbewerb lieber zu, anstatt selber mitzurennen», sagt

Pletscher. «Auch Politiker, die sich vordergründig für liberale Ideen einsetzen, sind dann oft nicht bereit zu handeln.»

Man habe zuletzt Ende der 1990er Jahre grössere Liberalisierungsanstrengungen unternommen, als Antwort auf das EWR-Nein, sagt auch Samuel Rutz, der sich bei der liberalen Denkfabrik Avenir Suisse dem Thema Wettbewerb widmet. «Seither ist praktisch nichts mehr geschehen.»

Wettbewerb wird in der Politik nicht per se als erstrebenswert angesehen - und Druck von aussen gibt es im Gegensatz zu Europa keinen.

«In der EU wirkt das Beihilfeverbot, das jede Form von staatlicher Begünstigung für Unternehmen untersagt, sehr disziplinierend», sagt Rutz. «Ein Monopol wie die kantonalen Gebäudeversicherungen ist in der EU zum Beispiel undenkbar.»

Um die Schweizer Probleme mit dem Wettbewerb und dem Staat als Unternehmer weiss man auch beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco). Der Bundesrat, so Seco-Sprecher Fabian Maiefisch, werde sich mit diesen Fragen auseinandersetzen, wenn er zwei FDP-Postulate beantworte. Sie lauten: «Für eine freie Wirtschaftsordnung. Gegen Wettbewerbsverzerrung durch Staatsunternehmen» sowie «Konkurrenz der Staat die Wirtschaft? Übersicht tut not».

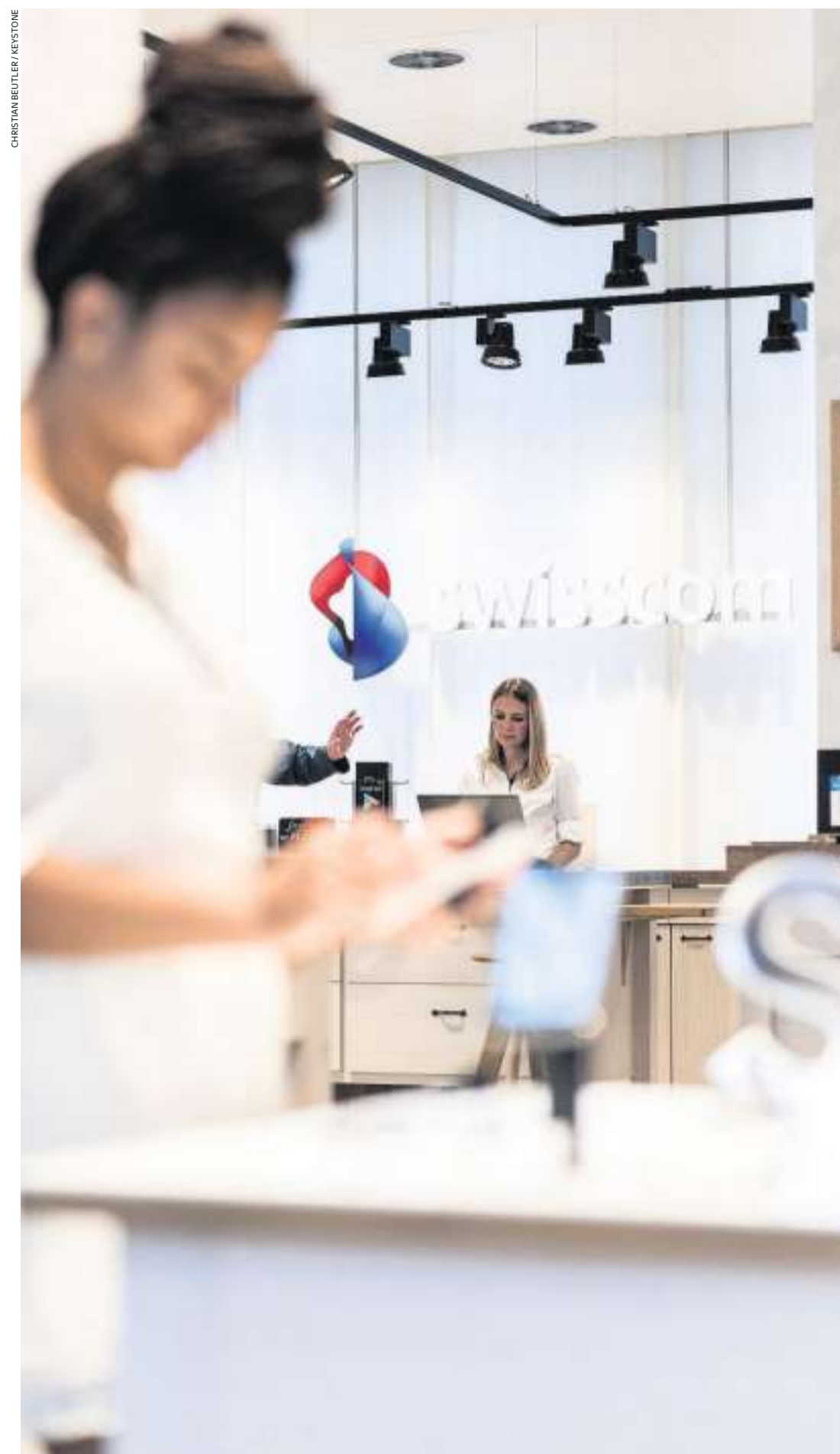
100 000 Mitarbeiter

Bundesnahe Betriebe in Zahlen

	Swisscom	SBB	Post
Umsatz (Mrd. Fr.)	11,7	8,8	8,2
Gewinn (Mrd. Fr.)	1,7	0,25	0,65
Mitarbeiter	21 125	33 000	44 131
Bundesanteil	51%	100%	100%
Dividenden an den Bund	581 Mio. Fr.	-2,8 Mrd. Fr.*	200 Mio. Fr.

* Leistungen des Bundes an die SBB

Quelle: Firmen



Boutique in Bern: Die Swisscom gehört zu 51 Prozent dem Bund.

Welche Aufgabe haben Post, SBB, Swisscom?

Am 5. Juni stimmen wir über die Volksinitiative «Pro Service public» ab. Diese ist von einem Verlagshaus auf die Beine gestellt worden, ohne die Hilfe einer Partei.

Markus Städeli

Kein Zweifel, da sind Profis am Werk. Sie sagen Dinge wie: «Die überhöhten Preise von Post, SBB und Swisscom sind nichts anderes als eine verdeckte Steuer für die Bundeskasse.» Oder: «Post und SBB reduzieren seit Jahren den Service und erhöhen gleichzeitig die Preise.»

Die Promotoren der «Pro Service public»-Initiative arbeiten mit griffigen Fragestellungen: Wieso soll Bundesrätin Doris Leuthard halb so viel verdienen wie ihr De-facto-Untergebener SBB-Chef Andreas Meyer? Wieso ist der Preis eines Generalabonnements seit 1999 um 30% gestiegen - viermal mehr als die Teuerung? Und das, während die Züge immer voller und dreckiger geworden sind?

Hinter der «Pro Service public»-Initiative, über die wir am 5. Juni abstimmen, steht die Fir-



Service public: Postautos vor dem Hotel Klausenpasshöhe.

ma Konsumenteninfo, bekannt durch ihre Zeitschrift «K-Tipp». Diese Konstellation erklärt wohl die bisher geringe Resonanz in den (übrigen) Medien: Alle Parteien sowie die betroffenen Firmen sind dagegen.

Wer Peter Salvisberg zuhört, versteht, wieso man die Initiative ernst nehmen sollte. Er ist Mit-

glied der Geschäftsleitung von Konsumenteninfo. «Unsere Abos berechnen zu einer Gratis-Rechtsberatung», sagt Salvisberg. Auf diese Weise habe man pro Jahr etwa 50 000 direkte Kundenkontakte und führe ein internes Ranking über die Themen, die die Leute beschäftigten. «Seit etwa vier, fünf Jahren ist das

Hauptergebnis nicht mehr die Cablecom, sondern der Service public, der immer teurer und gleichzeitig immer schlechter wird.»

Man habe sich von Anfang an gesagt: Das ist eine Volksinitiative und keine Parteinitiative. «Darum sind wir nicht auf Parteien zugegangen, sondern haben die Unterschriften im Alleingang gesammelt», sagt Salvisberg.

Die Initiative hat drei Hauptforderungen: Post, SBB und Swisscom sollen in der Grundversorgung gute Leistungen zu moderaten Preisen anbieten. Aus diesem Grund müssen die Gewinne reinvestiert werden und dürfen nicht in der Bundeskasse landen. Und die Cheföhne sollen jene der Bundesverwaltung nicht übersteigen.

Man fordere kein Gewinnverbot, wie immer kolportiert werde. Sondern dass Swisscom, SBB und Post in der Grundversorgung «keinen Gewinn anstreben», was ein Unterschied sei, sagt Salvisberg. Vorbild könnten Coop oder Migros sein. Nun sei es aber so, dass die Firmen unter keinen Umständen Transparenz darüber herstellen wollten, wie viel sie in der Grundversorgung verdienten.

«Als die Politik aus der Swisscom, der Post und den SBB eine AG machte, hat sie es versäumt, die Ziele genau zu definieren: ob es um das Gemeinwohl gehen soll oder darum, möglichst viel Geld zu machen», so Salvisberg.

Tatsächlich gibt es bei den Firmen Post, SBB und Swisscom viele Ungereimtheiten. SBB etwa weist einen Phantasie-Gewinn aus, der ausblendet, dass der Bund letztes Jahr 2,8 Mrd. Fr. eingeschossen hat. Und mit seiner Forderung nach Dividenden drängt der Bund die Firmen indirekt zur Expansion: «Die Post muss dem Bund Gewinn abliefern, obwohl die Erträge aus dem Restmonopol stetig schrumpfen», sagt Avenir-Suisse-Wettbe-

Peter Salvisberg



Er ist Geschäftsleitungsmitglied der Firma Konsumenteninfo. Sie hat die Volksinitiative «Pro Service public» lanciert.

werbsexperte Samuel Rutz. «Das zwingt sie geradezu, Geld mit Aktivitäten in anderen Bereichen zu verdienen.» Das ist den Initianten recht, solange das so verdiente Geld im Unternehmen verbleibt.

Doch viele andere Beobachter fragen sich, ob es sinnvoll ist, wenn Swisscom und Post immer breiter werden und so der Privatwirtschaft ins Gehege kommen oder untereinander. Das jüngste Beispiel ist, dass Post und Swisscom unabhängig voneinander ein Funknetz für das Internet der Dinge aufbauen.

Zumindest Post und Swisscom könnten ganz ohne Staatsbeteiligung auskommen. «Nur bei natürlichen Monopolen und bei Marktversagen sollte der Staat unternehmerisch tätig werden», sagt Thomas Pletscher, vom Unternehmensverband Economiesuisse. «Er kann die Grundversorgung auch gewährleisten, ohne Eigentümer zu sein.»

Die Volksinitiative hat Antworten auf einige dieser Ungereimtheiten. Überzeugend sind sie nicht, aber vielleicht facht der Abstimmungskampf eine Diskussion um eine Privatisierung an.